



GRÜNP HASE

Ausgabe 06/2015

Zeitung der Grünen Hochschulgruppe (GHG)



Golfplatz in Geismar

Yuppie Yuppie Yay?

Seit Anfang des Jahres beschäftigen sich zahlreiche Göttinger Naturschutzverbände mit dem von der GoeSF (Göttinger Sport- und Freizeit GmbH) geplanten Golfplatz südlich von Geismar. Dieser soll im Gegensatz zu den meisten Golfplätzen keine teuren Mitgliedsbeiträge erheben und somit für alle offen sein, z.B. Schulen, Sportvereine und auch Studierende.

Was ist das eigentlich für eine Fläche?

Laut ersten Entwürfen würde für die angedachte 18-Loch-Anlage eine Fläche von ca. 75 ha benötigt. Diese beziehen nicht nur Flächen mit ein, die aktuell teilweise intensiv landwirtschaftlich genutzt werden, sondern auch das Areal des *Drachenberges*... *...weiter im Innenteil*

Dieser ist eine seit Jahrzehnten stillgelegte Bauschuttdeponie, auf welcher sich nach anfänglichen unterstützenden Maßnahmen im Jahr 1988 die Vegetation ungestört entwickeln konnte. Heute ist das Gebiet ein strukturreiches Landschaftsmosaik aus Wiesen, Feldern und Hecken. Die Vielfalt an Vögeln und Insekten ist enorm hoch, eine Kartierung in den vergangenen Jahren wies über 30 Brutvogelarten nach, darunter auch in Roten Liste geführte oder regional seltene Arten, z.B. den Rotmilan.

Durch den Bau und Betrieb eines Golfplatzes und der damit einhergehenden Störungen würde deren Lebensraum am Drachenberg enorm beeinträchtigt oder komplett zerstört.

Letzteres gilt insbesondere für das ebenfalls vorkommende, hoch gefährdete Rebhuhn. Diese gegen Störungen sehr empfindlichen Zeigerart nutzt das Gelände nicht nur als Lebensraum, sondern auch als Brutplatz.



Aber nicht nur wegen des Drachenbergs selber rufen die Pläne bei naturinteressierten Bürgern laute Proteste hervor. Auch auf den umliegenden Flächen leben Tiere und es gab mehrfach Berichte über Sichtungen von Feldhamstern. Neben der Artenvielfalt des Areals dürfen aber auch die allgemeinen ökologischen Nebenwirkungen eines Golfplatzes in der Diskussion nicht außer Acht gelassen werden. Ein Golfplatz erfordert ein hohes Maß an Pflege (mähen, mähen und nochmals mähen) mit entsprechender Bewässerung sowie Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden. Da zum Golfen ein möglichst „perfekter“ Zierrasen erforderlich ist, wird sich auch der Einsatz von Giften zur Bekämpfung von Maulwürfen und Wühlmäusen nur schwer vermeiden lassen. Dies scheint mit der von den Golfplatzverfechtern angeführten ökologischen „Aufwertung“ des Areals nur schwer vereinbar, insbesondere in einem Gelände, welches aktuell als Landschafts- und Wasserschutzgebiet ausgewiesen ist.

Außerdem gehören die Felder auf dem besagten Areal zu den ertragreichsten landwirtschaftlichen Flächen Deutschlands. Auch in diesem Zusammenhang ist das Aufwertungs-Argument nur schwer nachvollziehbar. Weiterhin würden auf der Fläche eben nicht nur die „Greens“ entstehen, sondern die gesamte Infrastruktur, welche außerdem für Golfplätze benötigt wird – Gastronomie, Wege, Gerätegebäude etc. sowie, trotz der Stadtnähe, Park-

plätze. Dies wäre gleichbedeutend mit einer Zunahme an Flächenversiegelung und Verkehr.

Wir meinen: Echter Naturschutz sieht anders aus! Um das besagte Areal tatsächlich aufzuwerten, wäre eine Umstellung der aktuell zu 75% konventiell bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen des Geländes auf ökologischen Landbau sowie die Renaturierung der recht ausgeräumten Landschaft am südlichen Stadtrand mit Hilfe von Ackerlandstreifen und Hecken ein sehr viel geeigneter Ansatz. Konzepte dazu existieren seit 20 Jahren, werden jedoch nicht umgesetzt. Wenn Geld für den Bau und Betrieb eines Golfplatzes vorhanden ist, ist es kaum vorstellbar, dass nicht stattdessen genau diese Ideen umgesetzt werden! Die „Aufwertung“ des Drachenberg-Geländes wird dabei übrigens nirgendwo erwähnt, und das mit gutem Grund.

*Wer würde von einem
Golfplatz profitieren?*

Die Befürworter*innen des Golfplatzes behaupten, dass der Golfplatz von allen Menschen genutzt werden kann. Die Begründung: Nicht nur Vereinsmitglieder*innen dürfen dort golfen, sondern auch Tageskarten können „günstig“ gekauft werden. Aber „günstig“ ist im Golfsport immer noch ein relativer Begriff. Denn das Betreiben von Golfplätzen kostet laut Wikipedia zwischen 300.000 und 900.000 € pro

Jahr. Ob es sich die Betreiber*innen der Anlage wirklich leisten können günstige Tageskarten anzubieten ist noch gar nicht endgültig geklärt. Neben den Tageskarten oder den Mitgliedsbeiträgen kostet die eigene Ausrüstung auch viel Geld. Golf bleibt deshalb eine Sportart, die zur Segregation beiträgt, auch wenn Golfspieler*innen behaupten, dass der Zugang vereinfacht wurde, weil die Ausrüstung nicht mehr aus Großbritannien importiert werden müsse und auch Menschen ohne Clubmitgliedschaft bei vielen Plätzen golfen könnten.

Wenn nun aber nur die Menschen den geplanten Golfplatz nutzen, die es sich leisten können, dann bleibt die Frage, ob für diese nicht auch der 16-Loch Golfplatz in Northeim genügt.

*Was bedeutet ein Golfplatz im
Stadtteil Geismar mit der Per-
spektive auf Städteplanung?*

Insgesamt drängt sich auch die Frage auf, welche Prioritäten mit dem geplanten „Volksgolfplatz“ gesetzt würden. Fläche ist in Göttingen ein knappes Gut und eine Abwägung verschiedenster Interessen bei der aktuell laufenden Aufstellung des Flächennutzungsplans für die kommenden 25 Jahre somit unumgänglich. Golfen ist eine Sportart mit extrem hohem Flächenanspruch – will sich eine Stadt wie Göttingen, in der z.B. bezahlbarer Wohnraum ein seit Jahren ungelöstes Problem ist, sich diesen Luxus leisten?

Göttinger Außenpolitik

Oder wie ein Referat besser nicht besetzt werden sollte

Der neue AStA war noch nicht mal richtig konstituiert, die einzelnen Referate noch nicht besetzt, da platzte auch schon die erste inhaltliche Bombe, welche wohl als Fingerzeig gedeutet werden konnte, wohin es mit diesem AStA noch gehen soll. Bereits in der Fortsetzung der allerersten Sitzung des neugewählten Studierendenparlament am 5. März wurde mit den Stimmen der Regierungsmehrheit (ADF, RCDS, liberale Hochschulgruppe und eine nun ominöse „unabhängige“ Fraktion) der Antrag des RCDS angenommen, aus dem „freien Zusammenschluss von studentInnenschaften“ (fzs) auszutreten. Offensichtlich handelte es sich hierbei um eine der Bedingungen des RCDS, um in eine Koalition einzutreten, welcher die ADF bereitwillig nachkam.

un|ab|häng|ige Frak|tion, die:

Abgeordnete der ehemals als „Die PARTEI“ kandidierenden Hochschulgruppe, die sich allerdings selbst aufgelöst hat als klar war, dass die Rolle als politischer Steigbügelhalter für reaktionäre Ideen, u.a. vertreten durch Burschis und Verbinder, wenig mit Spaß zu tun hat.

Dass dieser Dachverband, der mittlerweile insgesamt eine Millionen Studierende bundesweit vertritt, den konservativen Studierendenvertreter*innen schon lange ein Dorn im Auge war, ist allseits bekannt. Der fzs sei zu allgemeinpolitisch und es würde zu viel diskutiert, weiter sei er „nicht mehr auf Linie zu bringen“ (für Menschen, die ansonsten nur autoritären Organisationsformen kennen, offensichtlich ein Unding). Das Ganze auch noch aus einer vermeintlich linken Ecke, was dem RCDS natürlich nicht in die Tüte kommt. So entschied sich diese Mehrheit also — nach dem bereits im letzten Jahr selbstverschuldeten Ausschluss aus der Landes-Asten-Konferenz, dem Interessenverband für Studierende auf Landesebene — nun Studierende Göttingens auch auf Bundesebene nicht mehr zu vertreten.

Dabei werden die Leistungen, zu denen der fzs in den letzten Jahren in der Lage war und weiterhin ist, wie bspw. der erfolgreiche Kampf gegen Studiengebühren, die permanente kritisch / konstruktive Mitwirkung an diversen anderen bildungspolitischen Themen im Sinne aller Studierenden (BAFöG-Reform, erleichterter Hochschulzugang u.v.m.), ein breites Weiterbildungsangebot für aktive Menschen der studentischen Selbstverwaltung, sowie ein

starkes Engagement gegen Rassismus, Sexismus und andere Formen der Diskriminierung, nicht nur außer Acht gelassen, sondern durch den aktiven Austritt und damit auch dem Entzug von Geldern offensiv missbilligt. Ideologie steht im Vordergrund und so soll nun ein „alternativer“, konservativer Dachverband zur Vertretung der Interessen von Studierenden auf Bundesebene gegründet werden. Ein interessantes Unterfangen, das unser Außenreferent Lukas Voß zunächst tatkräftig dadurch unterstützte, dass er seinen ersten Amtsmonat in einem AStA-fremden Praktikum (vielleicht für sein eigenes Studium) verbrachte. Doch damit nicht genug, das Drama „fatale Außenpolitik des AStA Göttingen“ sollte noch so manchen Akt erleben.

Bei der ersten ordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments kam es dann zu erneuten Skurrilitäten. In der an den Bericht aus dem AStA anschließenden Befragung der einzelnen Referenten weigerte sich Lukas Voß wiederholt konkrete Fragen zu der angedachten Struktur „ihres“ neuen Dachverbandes zu beantworten, geschweige denn andere ASten zu nennen, die eventuell gewillt wären diesem Projekt beizutreten. Als Motiv dieser Verweigerungshaltung wurde die „Angst“ vor potentiellen Störmanövern aus Reihen der Opposition angegeben.

Dieses Verhalten ist nicht nur verurteilungswürdig, weil dadurch die Opposition an ihrer Arbeit und ihrem Auftrag der Kontrolle des AStA gehindert wird, es erscheint auch im Hinblick auf die Informationspflicht gegenüber allen Studierenden Göttingens zweifelhaft.

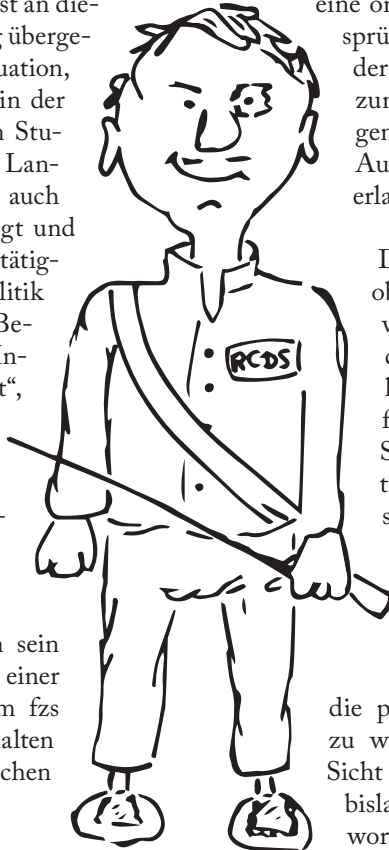
In diesem Kontext drängt sich einmal mehr die Frage auf, wieso dieser AStA keinen Wert darauf gelegt hat, ein eigenständiges Referat für Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit einzurichten. Gerade wenn es um finanziell nicht unerhebliche Beträge geht (der Aufbau des neuen Dachverbandes wird mit 20.000 Euro veranschlagt), sollte ein AStA bestehend aus ADF und RCDS aus ihren vergangenen Skandalen gelernt haben, und diesem Umstand nicht mit Intransparenz begegnen.



Die Krönung dieser ziemlich peinlichen Befragung stellte allerdings ein anderes Vorkommnis dar. Angesprochen auf eine E-Mail, welche ziemlich explizit auf die verkorsten Vorstellungen über die Struktur des geplanten Dachverbandes eingeht („ohne allgemeinpolitisches Mandat [...] Basisdemokratisches Gedöns soll raus gehalten werden [...] die Linken sollen sich diesen Verband nicht zum Opfer machen“), bestritt Lukas

Voß zunächst eine solche E-Mail verfasst oder verschickt zu haben.

Kurz darauf stellte sich diese Behauptung jedoch durch die Veröffentlichung der entsprechenden E-Mail als dreiste Lüge heraus. Der Außenreferent sah sich genötigt, seine Ehrenrettung noch mit der ziemlich unglaublichen Erklärung gegenüber dem Göttinger Tageblatt zu versuchen, er hätte die E-Mail nicht geschrieben und sie versandt ohne sie zu lesen. Für die GHG ist an dieser Stelle das Fass endgültig übergelaufen. Spätestens diese Situation, in der die Koalition nicht in der Lage ist die Interessen von Studierenden auf Bundes- und Landesebene zu vertreten, als auch einen Referent besetzt und bezahlt, der erst durch Untätigkeit, dann durch eine Politik der Intransparenz und das Belügen der studentischen Interessenvertretung „glänzt“, erfordert Konsequenzen. Wir beteiligen uns deshalb an einem konstruktiven Misstrauensvotum gegenüber Lukas Voß, dessen Ergebnis die Neubesetzung des Außenreferats durch eine Person sein soll, welche zurückkehrt zu einer konstruktiven Mitarbeit im fzs und einem ehrlichen Verhalten gegenüber der studentischen Öffentlichkeit.



Der Schlussakt des Dramas ist allerdings noch nicht gespielt, konkret scheint es noch möglich den Aufbau des geplanten Dachverbandes zu verhindern. Nicht zuletzt die Skandale die rund um das Außenreferat stattgefunden haben, aber wohl auch die geringe Begeisterung anderer ASten aktiv an einer Spaltung der bundesweiten Studierendenschaft mitzuwirken, könnten das Projekt gefährden. Letztendlich wäre es möglich, dass doch noch eine ominöse Klausel des ursprünglichen Antrags in der konstituierenden Sitzung des StuPa zum Tragen kommt, welche den Austritt aus dem Austritt erlaubt.

Die Frage jedenfalls, ob es nicht wünschenswerter wäre auf Bundesebene wenigstens halbwegs geschlossen für die Interessen von Studierenden einzutreten und lieber konstruktiv bei den bestehenden Strukturen mitzuarbeiten, anstatt auf Kosten aller Göttinger Studierenden nur für die persönliche Reputation zu wirken, ist aus unserer Sicht durch diesen AStA bislang falsch beantwortet worden.

Feminismus geht uns alle an

Warum Feminismus Männer braucht

Feminismus wird immer wieder in Frage gestellt oder die Existenzberechtigung wird ihm (welch' Ironie) gleich ganz abgesprochen. Dabei gibt es genügend Zahlen, die die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern belegen, so dass selbst die größten Zweifler*innen das Vorhandensein einer Geschlechter-Hierarchie in der Gesellschaft nicht bestreiten können. Frauen verdienen im Schnitt 20 Prozent weniger als Männer, die dazu noch rund 33 000 Euro mehr Vermögen besitzen als Frauen. Zwar sind 51 Prozent aller Hochschulabsolvierenden Frauen, doch nur ein Drittel von ihnen bekleidet später eine Führungsposition. Nur jeder dritte Vater nimmt Elternzeit. Alleinerziehende Mütter sind fünf Mal häufiger von Armut bedroht als solche, die in einer Partner*innenschaft leben. Die Aufzählung ließe sich noch fortführen. Frauen sind demnach sowohl politisch, als auch sozial und ökonomisch gegenüber Männern benachteiligt. Zwar hat der Feminismus das Bewusstsein fundamental verändert, das Sein allerdings noch völlig unzureichend. Die erkämpften Rechte im Gesetz müssen nun auch Lebenswirklichkeit werden.

Doch die betonierte Struktur gesellschaftlicher Ungleichheit löst sich nicht allein durch die bessere Bezahlung von Frauen. Die eigene Identität darf nie-

mals dazu genutzt werden, Personen abschätzig oder ungerecht zu behandeln. Die Identitätsspielräume von Jungen und Männern dürfen sich nicht in dem erschöpfen, was als klassisch männlich verortet wird. „Sei kein Mädchen, hör auf zu heulen!“ Die Körper von Mädchen und Frauen dürfen nicht zu einem Optimierungsschlachtfeld werden, um vermeintlichen Idealen zu entsprechen. Feminismus kann das leisten, aber dazu bedarf es nicht nur starker Frauen, sondern auch starker Männer.

Denn Feminismus ist weit mehr als der Kampf von Frauen für besser bezahlte Lohnarbeit. Chancenungleichheit, Reproduktion tradierter Rollenerwartungen, sexualisierte Gewalt und abwertendes Verhalten gehen alle etwas an. Es sind Zumutungen an Menschen. Den Auswirkungen dieser Zumutungen wird noch allzu oft mit Gleichgültigkeit begegnet. Doch Probleme sind auch dann real, wenn mensch sie selbst nicht hat. Mit diesem Grundsatz adressiert Feminismus zentrale Problemfelder, die uns als Gesellschaft betreffen: Wie kann Gerechtigkeit gelingen? Auf welcher Grundlage entstehen Vorurteile? Wer hat Macht und warum?

Spätestens jetzt ist deutlich, warum Feminismus nicht nur Frauen angeht. Feminismus hinterfragt die Konzeption

nen von Geschlechtern und Rollenklischees, um sie aufzubrechen. Wer „Du Mädchen“ für eine gängige Beschimpfung für Jungen hält und von Weiblichkeits- bzw. Männlichkeitskonzepten keinen Millimeter abrücken kann, feiert nicht ungestört ihren oder seinen Status, sondern beklatscht die eigene Unfreiheit. Feminismus wird gerne vorgeworfen, Gleichmacherei anstatt Gleichberechtigung zu betreiben.

Häufig werden Männer als vom Feminismus bedrohte Spezies inszeniert. Diesem Schwachsinn muss entgegnet werden, dass Feminismus Individualität plus Solidarität bedeutet. Würden sich mehr Männer mit feministischen Positionen auseinandersetzen, könnten sie das erkennen. Gleichzeitig muss sich aber auch der Feminismus als Aktivismus verstehen, der nicht gegen Männer agiert, sondern der Männer und ihre Solidarität braucht.

Aus einer anderen Richtung wird wiederum argumentiert, dass das Gleichstellungsparadigma als feministische Strategie nichts taugt und es vielmehr notwendig sei, das Anderssein der Frau stark zu machen. Frauen werden nicht als das andere gedacht, sondern als Ausnahme zur Norm. Und die Norm ist der Mann. Daher ist die Gleichheitsidee mit der Vorstellung behaftet, dass die anderen (Frauen) den vermeintlich Normalen (Männern) tatsächlich gleichen. Frauen sind gar nicht anders als Männer, wird beteuert. Die Kritik sagt nun,

dass diese Vorstellung die bestehende Ordnung lediglich mit etwas Vielfalt schmückt, das Normale aber weiterhin normal bleibt. So würde offensichtlich, dass Gleichstellung letztlich nur Assimilation und Integration bedient und nicht Pluralität und Differenz.

Die Stärke dieser Auffassung liegt definitiv darin, Gleichstellung nicht zu verklären, doch kann es meines Erachtens nicht darum gehen, sich so gut wie möglich von jedem (Mann) abzugrenzen. Wir können an Utopien glauben, in denen Geschlecht — genauso wie Hautfarbe oder Herkunft — irgendwann keine Rolle mehr spielen wird. Die Mann-Frau-Dichotomie muss überwunden werden (mal ganz davon abgesehen, dass das Geschlechtlichkeit eh in keiner Weise gerecht wird), weil sie für eine Hierarchie verantwortlich ist, die nicht hinnehmen können.

Und das bedeutet eben nicht Gleichmacherei, sondern es bedeutet, Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts unterschiedlich zu behandeln, unterschiedlich zu bezahlen oder unterschiedlich anzusehen. Es kann uns egal sein, ob unser Gegenüber Brüste, Penis, beides oder nichts dergleichen hat, solange es*sie*er uns genau so offen begegnet und uns genau so behandelt, wie wir behandelt werden wollen. Bis diese Utopie verwirklicht ist, braucht Feminismus Frauen, Männer und alle weiteren Geschlechter. Denn Feminismus geht uns alle an.

Verschlüsseln, warum das denn?

Eine unverschlüsselte Mail ist wie eine Postkarte, die von jedem gelesen werden kann. Und unverschlüsselten Webtraffic abzuhorchen lässt sich bereits mit grundlegenden Hacker*inenskills bewerkstelligen. Die wenigsten würden wohl ihre ganze private Kommunikation mit Postkarten machen und benutzen Briefe. E-Mail Verschlüsselung ist also das digitale Äquivalent zum Briefumschlag. Damit ist eigentlich alles gesagt.

Und welches Programm kann das?

Ein sehr verbreitetes System zur Verschlüsselung heißt PGP, was Pretty Good Privacy bedeutet. Es gibt kommerzielle Anbieter von PGP-Software aber auch das Open-Source-Projekt OpenPGP, dessen Anwendung wir euch kurz erklären möchten.

*E-Mails verschlüsseln,
wie geht das denn?*

Der einfachste Weg, E-Mails zu verschlüsseln, ist das Tool Enigmail für das bekannte E-Mail-Programm Thunderbird. Enigmail kann ganz einfach über die Plug-In-Verwaltung von Thunderbird installiert werden. Bei der Installation wird die notwendige Open-Source-PGP-Verschlüsselungssoftware mitinstalliert und dann kann es schon losgehen.

Mit Enigmail müsst ihr euch für eure Mailadresse ein Schlüsselpaar erstellen das mit einer guten Passphrase gesichert werden sollte. Das Schlüsselpaar besteht aus einem öffentlichen Schlüssel und einem geheimen Schlüssel. Der öffentliche Schlüssel muss den Menschen, die euch später Mails schicken, bekannt sein, also solltet ihr den möglichst weit verbreiten (deswegen heißt er ja auch öffentlicher Schlüssel). Hierfür gibt es z. B. Schlüsselservers, auf denen öffentliche Schlüssel lagern und ihr ganz einfach die Schlüssel von Freund*Innen finden könnt, wenn die den dort hochgeladen haben. Der geheime Schlüssel bleibt nur auf euren Rechnern und wird benötigt



um die empfangenen Nachrichten zu entschlüsseln. Wenn ihr nun Mails an Kontakte schreibt, deren öffentlichen Schlüssel bekannt ist, könnt ihr mit einem Klick die Mail verschlüsselt versenden.

Eine ausführliche Schritt-für-Schritt Erklärung mit Screenshots und allem drum und dran gibt's auf der Seite von Thunderbird: <http://bit.ly/1e0S6lN>

Für Mac-Nutzer*innen empfiehlt sich auch die GPGSuite, die es hier gibt: <http://bit.ly/1S1V6N9>

Ist das sicher?

Es gibt natürlich wie immer ein Restrisiko. Durch Hackangriffe können Schlüssel gestohlen werden, und Schlüssel gefälscht werden. Trotzdem lohnt es sich zu verschlüsseln. Es verhindert zuverlässig die automatisierte massenhafte Auswertung der Mails durch Konzerne, staatliche Organisationen oder andere Kriminelle. Allerdings schützt es nur wenig vor gezielten Angriffen und „Metadaten“ (wer hat wann wem eine Mail mit welchem Betreff geschrieben) werden überhaupt nicht versteckt.

Critical Mass Göttingen

Wir sind der Verkehr

Es gibt einen Zähler für die Zahl der vorbeibrausenden Fahrräder, die auf der Robert-Koch-Straße, Ecke Zimmermannstraße. Der steht heute bei knapp 450.000 – was sich recht stattlich liest, wenn mensch bedenkt, dass das Jahr erst halb rum ist. Warum also klagen über den Göttinger Weg beim Radweg? Weil motorisierter Verkehr auch hier viel mehr Raum bekommt, obwohl er durch Lärm und Abgase gesundheitsschädlich ist und eine direkte Unfallgefahr darstellt. Raus aus der Vorzeit des Straßenverkehrs, in der das Recht der Stärkeren zählt, für hierarchiefreien Straßenverkehr – gleiches Recht und gleichen Raum für alle? Das ist die Idee der Critical Mass Göttingen,

eines Kreises an Leuten, die auf Missstände rund um Mobilität aufmerksam machen. Es geht darum, dass Radfahren Spaß machen kann, schneller und gesünder ist als Autofahren in der Stadt, dass Parkhäuser für Autos verdammt viel größer sind, als Stellplätze für Räder – und dass die Kultur des Autofahrens gerade für Menschen, die per Rollstuhl, Rollator oder zu Fuß unterwegs sind eine Benachteiligung bedeutet. Wenn wir eine Nummer größer träumen wollen, dann kommt noch dazu, dass eine Stadt mit weniger Autos mehr Platz für alles andere hätte, was Städte lebenswert macht – von Straßenmusikant*innen, Springbrunnen, Bäumen und Beeten bis hin zu Bäcker-

und Eine-Welt-Läden – sie wäre sauberer und mensch fände darin mehr Zeit als beim Autofahren um Stadt zu genießen.

Das Fahrrad ist also nicht der einzige Grund, warum es sich lohnt, gegen einseitige Motorisierungspolitik des Stadtverkehrs einzustehen. Aber das Fahrrad ist ein verdammt gutes Mittel, um das zu tun. Wie das? Critical Mass! Was ist das? Eine knappe Antwort liefert ein Kreis von Göttinger Menschen, die online (<http://www.goest.de/critical-mass.htm>) eine hübsche Idee haben, wie Vergnügen und politische Arbeit in dieser Mobilitätsfrage kombiniert werden können: „Eine geeignete Aktionsform, um auf diese Missstände aufmerksam zu machen, ist die »critical mass«. Sie ist eine Form der direkten Aktion, die 1992 zum 1. Mal in San Francisco ausprobiert wurde und seitdem an vielen Orten praktiziert wird - in einigen deutschen Städten regelmäßig einmal im Monat. Die Sache ist ganz einfach - und auf den ersten Blick sehr verblüffend: 15 (und mehr) Fahrräder, die in einer Gruppe unterwegs sind, gelten hierzulande als »geschlossener Verband« im Sinne des Verkehrsrechts. Sie dürfen nebeneinander fahren und Kreuzungen als geschlossene Gruppe passieren, auch wenn die letzten erst bei Rot »überfahren. [...] Die »critical mass« ist keine Demo im Sinne des Versammlungsrechts. Somit kann die Staatsmacht auch keine Route vorgeben. Wichtig ist, dass diejenigen, die sich Ort und Zeit für die Aktion ausdenken und dazu einladen, den Bütteln nicht bekannt sind,

damit nicht gegen sie bzw. die Veranstaltung vorgegangen werden kann.“ Der Name Critical Mass kommt dabei aus der Kernphysik: Die kritische Masse ist jene Menge an spaltbarem Material, ab der eine dauerhafte Kernreaktion einsetzt. In diesem Sinne ist die Critical Mass in der Mobilität jene Zahl an Radler*innen, die politisch nicht mehr ignoriert werden kann, wenn es daran geht, dem Auto ein Schnippchen und dem Zweirad ein Wegchen zu bauen. Sollen die Straßen Göttingens und aller Städte den Autos gehören? Mal eben zu Kumpel*line XY hinradeln, mit dem Fahrrad die Leine entlangrollen, und ja, auch das würde irgendwie fehlen: mit anfahrenen Autos um den schnelleren Start beim Grünwerden der Ampeln wetteifern. Daneben ist gerade aus nachhaltiger Sicht das Fahrrad für innerstädtisches Fahren das Mittel der Wahl. Deswegen: Rollt alle herbei und bringt das Rad (des Wandels) mit in Schwung, schaltet (politisch) einen Gang höher und tretet kräftig in die Pedale (einer anderen Göttinger Mobilität). Oder in den Worten des Critical-Mass-Göttingen-Kreises: Spaß haben und zeigen, dass die Straße uns allen gehört und nicht nur dem motorisierten Verkehr!

Wann? Freitags um 16 Uhr:

26.06.2015	25.09.2015
31.07.2015	30.10.2015
28.08.2015	27.11.2015

Wo? Auf dem Bahnhofsvorplatz.

Filmrezension zu „10 Milliarden“

Wie werden wir alle satt?

Bis 2050 soll die Menschheit auf 10 Milliarden anwachsen. Doch wie werden diese Menschen alle satt? Mit dieser Kernfrage beschäftigt sich der Regisseur Valentin Thurn von dem es bereits mit „Taste the Waste“ ein Dokumentarfilm über Lebensmittelverschwendung zu sehen gibt. Er zeigt dabei verschiedene Lösungsansätze, zur Ernährungsproblematik. Diese gehen von Ökolandbau, über industriellen Anbau, bis hin zum künstlichen Herstellen von Fleisch. Hinter jedem Lösungsansatz steht eine Person, die zusammen mit ihrer Idee vorgestellt wird.

Durch diese Interviews werden die jeweiligen Ansichten der Personen deutlich und nachvollziehbar dargestellt. Teilweise werden dabei die Personen aber auch lächerlich gemacht, wie etwa der Wissenschaftler Mark Post, der ei-

nen Hamburger aus künstlichem Fleisch für 250.000 € verspeist und trotzdem noch der Meinung ist, dass dieses Fleisch in Zukunft erschwinglich wird. Auf der anderen Seite werden Personen gezielt sympathisch dargestellt, wie beispielsweise der Ökobauer, der von seiner Kuh geneckt wird. Der beste Denkanstoß im Film war vermutlich der, der „Edible City“. Einer Stadt, wo die Grünflächen nicht mit Blumen, sondern mit Nutzpflanzen bepflanzt werden. Es regt dazu an, selbst mit den Urban Gardening anzufangen und sich sein Gemüse auf dem eigenen Balkon o. ä. anzubauen.

Alles in allem gibt der Film einem einen guten Überblick über verschiedene Ansätze zur Lebensmittelproduktion und wenn man sich noch nicht mit dem Thema beschäftigt hat, sind auch sicherlich neue Dinge dabei. Doch ansonsten wird nur Altbekanntes gezeigt. Auch fehlen Zahlen oder Fakten, die das Gesagte der Personen hinterlegen. Und einige Lösungsvorschläge werden auch einfach als idiotisch dargestellt ohne dafür rationale Gründe darzulegen. Stattdessen zielt die Dokumentation eher auf die emotionale Seite der Zuschauer.



Impressum:

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt: Fred, Habakuk, Hans-Georg, Jonas, Luisa, Mareike, Robert, Vivien, Wiebke. Druck: Pachnicke Druck, Göttingen, Auflage: 500 Stück auf 100% Recycling-Papier! Yeah! V.i.S.d.P.: J. Schmidt, Grüne Hochschulgruppe (GHG), Rosa-Luxemburg-Haus, Gofßlerstraße 16a, 37073 Göttingen. Alle eigenen Abbildungen CreativeCommons lizenziert.